

- Es gilt das gesprochene Wort –

Rede des Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Dieter Steinecke, anlässlich der bundesweiten Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2008 am 1. Februar 2008 in Magdeburg

Anrede,

„Es gibt nur eine Art und Weise, eine andere Kultur zu verstehen. Sie zu leben. In sie einzuziehen. Die Sprache zu lernen. Irgendwann kommt das Verständnis. Es wird dann immer wortlos sein“, lautet eine Passage aus dem Roman „Fräulein Smillas Gespür für Schnee“.

Der dänische Autor Peter Høeg liefert ein einfaches und schönes Rezept für das Zusammenleben verschiedener Kulturen und Nationalitäten. So richtig diese Anleitung auch klingt, so schwer tun wir uns häufig, den richtigen Schlüssel für das Zusammenleben von Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Herkunft zu finden. Vielleicht, weil die Arbeit, eine gemeinsame Heimat für Menschen mit unterschiedlichen Kulturen, Traditionen und Einstellungen zu schaffen, doch schwieriger ist, als es auf den ersten Blick scheint.

Wir alle wissen ja, dass selbst in einer durchschnittlichen deutschen Kleinfamilie nicht jeden Tag eitel Sonnenschein herrscht. Wie viel schwerer muss dann erst die Aufgabe sein, die Interessen von Millionen von Individuen ganz verschiedener Herkunft in einem Staatswesen dauerhaft auszugleichen. Aber diese Herausforderung stellt sich uns nun einmal. Wir können uns ihr nicht entziehen. Wir dürfen sie aber auch nicht unterschätzen.

Glücklicherweise sind sich führende Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und andere Vertreter des gesellschaftlichen Lebens nach Jahren leidenschaftlicher Diskussionen mittlerweile weitestgehend einig: Zuwanderung ist eine Realität, die Integration der Zuwanderer ist für das friedliche Zusammenleben der Menschen eine Grundvoraussetzung. Jetzt muss es darum gehen, diese Erkenntnisse praktisch umzusetzen und die Zukunft der Gesellschaft konstruktiv zu gestalten.

Ich bin ehrlich gesagt froh, dass die Zeiten, in denen sich Repräsentanten des linken Spektrums einer multikulturellen Schwärmerei hingaben und einige Vertreter der konservativen Seite sich weigerten, Deutschland als Einwanderungsland anzuerkennen, vorbei sind. Die Fakten sprechen ja auch für sich: In unserem Land leben etwa 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Jedes dritte Kind unter sechs Jahren kommt aus einer Zuwandererfamilie.

In vielen deutschen Großstädten liegt die Einschulungsrate von Kindern aus Migrationsfamilien inzwischen bei 50 Prozent. Zuwanderung hat unsere Gesellschaft bereits verändert.

Das Zusammenleben mit Menschen anderer Kulturen gehört deshalb ganz selbstverständlich zu unserem Leben. Wir sind Teil einer sich zunehmend globalisierenden Welt. Wir sprechen vom globalen Dorf.

Unterschiede und Vielfalt sind zu Bausteinen der modernen, Kontinente umspannenden Wissensgesellschaft geworden.

Der Prozess wird weiter voranschreiten und sich sogar beschleunigen. Und doch tun wir uns häufig schwer, Fremdes als Bereicherung für unsere Gesellschaft zu akzeptieren.

Dabei belegen unzählige wissenschaftliche Untersuchungen, dass vielfältige kulturelle Erfahrungen einer Volkswirtschaft einen hohen Nutzen stiften. Vielfalt steigert das Einkommen, auch das der Einheimischen. Der Grund dafür ist einfach: Je verschiedener die in eine Gesellschaft eingebrachten Erfahrungen sind, desto eher ergänzen sie sich.

Aber dieser Nutzen kommt uns nur zugute, wenn es nicht bei einem beliebigen Nebeneinander bleibt, sondern wenn es einen kontinuierlichen Dialog zwischen den verschiedenen Gruppen gibt

Deswegen ist es höchste Zeit, die Gräben der Vergangenheit zu verlassen und gemeinsam nach Wegen zu suchen, damit Integration gelingen kann. Wir alle müssen Vorurteile über Bord werfen. Wir dürfen aber auch nicht blauäugig sein und sollten begreifen, dass Integration keine Kuschelveranstaltung ist.

Sie verlangt Anstrengungen – von Deutschen genauso wie von den Zuwanderern. Jeder ist gefordert sich zu öffnen, und auf Dinge, die uns zunächst fremd erscheinen, zuzugehen.

Daher sehe ich die Veränderung von Einstellungen als die größte und wichtigste Herausforderung im Zusammenhang mit Migration und Integration an. Wir müssen ein Bewusstsein schaffen, dass die neuen Mitbürger der deutschen Gesellschaft einen wichtigen Nutzen stiften.

Gleichzeitig müssen die Einwanderer begreifen, dass es aber auch ihre Pflicht ist, die Werte und Normen, die in Mitteleuropa das Zusammenleben der Menschen regeln, für sich zu übernehmen. Und was natürlich besonders wichtig ist: Miteinander ins Gespräch kommen, kann nur, wer die gleiche Sprache spricht. Deshalb müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass jeder, der nach Deutschland kommt, die Möglichkeit erhält, Deutsch zu lernen und Deutsch zu sprechen. Von dieser Möglichkeit muss allerdings auch Gebrauch gemacht werden.

Anrede,

ich bin den Veranstaltern der Interkulturellen Woche 2008 dankbar, dass sie für ihre Vorbereitungsagung in diesem Jahr unsere Landeshauptstadt Magdeburg ausgewählt haben. So ergibt sich die Gelegenheit, mit anerkannten Experten auf dem Gebiet der Integrationsarbeit ausgiebig über die Chancen und Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe zu sprechen.

Ich möchte diese Gelegenheit aber auch nutzen, um als einer der Schirmherren des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt den Organisatoren der Interkulturellen Woche einmal Danke zu sagen. Ich danke Ihnen für die wichtige und notwendige Arbeit, die Sie leisten. Ich begrüße Sie hier in Magdeburg ganz herzlich und wünsche Ihrer Tagung einen guten Verlauf. Viele anregende Gespräche sowie zahlreiche bleibende Eindrücke.

Ich persönlich meine: Die Interkulturelle Woche ist zu einer unverzichtbaren Veranstaltung geworden. Das habe ich zuletzt im Herbst des vergangenen Jahres erfahren, als ich die Interkulturelle Woche in der größten Stadt unseres Landes, Halle an der Saale, gemeinsam mit Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabadozs, eröffnen durfte. Für mich ist die Interkulturelle Woche das sichtbare Symbol, dass Migranten zu uns gehören und Teil der deutschen Gesellschaft sind.

Außerdem freue ich mich, dass die Interkulturelle Woche auch in diesem Jahr wieder unter dem Motto „Teilhabe – Teil werden“ steht. Dieses Motto drückt aus, worum es im Kern geht: Integration ist kein Selbstläufer. Integration ist mehr als freundliches Nebeneinander oder wohlwollendes Desinteresse am Nachbarn fremder Herkunft. Echte Teilhabe ist vielmehr gefragt.

Damit diese Teilhabe gelingt, brauchen Menschen die Bereitschaft, den anderen in seiner Verschiedenheit anzunehmen und sie nicht als Mangel, sondern als Bereicherung zu begreifen. Es braucht die Anstrengung, Verschiedenheit - wo nötig - auszugleichen und Teilhabemöglichkeiten für alle zu schaffen. Es braucht den Mut, gemeinsam Regeln des Miteinanders zu benennen und auf ihre Einhaltung zu achten. Und es braucht die Bereitschaft jedes Einzelnen, die gebotenen Chancen wirklich zu ergreifen und die eigenen Kräfte zum Guten einzusetzen.

Integration heißt für mich: Wir leben in einem Land; wir sind aufeinander angewiesen; wir lernen voneinander - und wir stehen vor Herausforderungen, die wir nur gemeinsam lösen können.

Wir müssen uns aber auch im Klaren darüber sein, dass Teilhabe keine Einbahnstraße ist: Wer echte Teilhabe einfordert, der muss auch Teil werden wollen. Der muss die grundlegenden Regeln, Werte und Normen, die das Zusammenleben in unserem Land ordnen, achten und respektieren.

Deswegen sage ich deutlich: Wer nach Deutschland, wer nach Europa kommt, um hier – unter uns – für sich und seine Familie eine Zukunft zu suchen, der muss die mitteleuropäischen Regeln des

Zusammenlebens akzeptieren und sich ihnen anpassen. Und diese Normen basieren nun einmal auf unserem christlich-jüdischem Erbe, den Erkenntnissen der Aufklärung und den bitteren Erfahrungen, die Deutschland in seiner Geschichte mit totalitären Systemen gemacht hat.

Um eine bessere Gesellschaft aufzubauen, hat sich das deutsche Volk ganz bewusst, die heute geltenden Regeln gegeben. Um Freiheit und Rechtsstaat nicht zu gefährden, müssen unsere Demokratie, unsere Verfassung und unsere Gesetze von **allen Menschen** in allen Lebensbereichen beachtet und eingehalten werden.

Als Präsident eines demokratischen Verfassungsorgans kann es mir deshalb nicht egal sein, wenn - mitten unter uns - parallele Lebenswelten entstehen, in denen Zuwanderer Traditionen pflegen, die unserem Verständnis von Demokratie und Menschenrechten deutlich entgegenstehen. Als Demokraten sind wir verpflichtet, auch hier hinzuschauen und einzuschreiten, anstatt ein falsches Verständnis von Toleranz an den Tag zu legen. Ganz deutlich sind wir gefordert, Zivilcourage zu zeigen und klarzustellen: In der Bundesrepublik Deutschland gilt das Grundgesetz und nicht etwa der Koran! Ausnahmen können und dürfen wir nicht zulassen!

Vielleicht kann man einen Grundkonsens zum Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Kultur und Herkunft in folgender kurzen Formel ausdrücken: Integration gelingt nur im Dialog. Beide Seiten müssen dazu die Bereitschaft haben.

Dieser Satz passt übrigens zum „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs 2008“. Die Europäische Kommission will auf diese Weise den interkulturellen Dialog fördern und den europäischen Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, wie wichtig es ist, am Bau einer aktiven und weltoffenen Gesellschaft mitzuwirken, die kulturelle Vielfalt respektiert, aber auf Werten wie Demokratie und der Gleichberechtigung von Frau und Mann gründet.

Anrede,

ein sichtbares Zeichen der bundesdeutschen Politik war, dass sie die gesellschaftliche Vielfalt beim Ersten Integrationsgipfel als wichtiges Thema ganz oben auf die Agenda setzte.

Dieser Integrationsgipfel fand am 14. Juli 2006 auf Einladung von Bundeskanzlerin Merkel in Berlin statt und führte schließlich zur Verabschiedung des nationalen Integrationsplanes. Der wurde am 12. Juli 2007 von der Bundeskanzlerin vorgestellt und enthält klare Ziele sowie über 400 Maßnahmen und Selbstverpflichtungen der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure. So kündigte der Bund beispielsweise an, die Stundenzahl der Integrationskurse von 600 auf 900 zu erhöhen.

Ein Netzwerk von Bildungspaten soll ferner Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien in Schule und Ausbildung unterstützen. Die Wirtschaftsverbände wiederum sagten zu, jungen Migrantinnen und Migranten bessere Chancen bei der Ausbildung zu gewähren.

Dies alles muss nicht der Stein der Weisen sein, aber es sind Schritte in die richtige Richtung. Nur, das bisher Erreichte muss vertieft und ausgebaut werden.

Denn trotz unzähliger Beispiele eines gelungenen Miteinanders zwischen Einheimischen und Zuwanderern und trotz mancher Verbesserungen der Integrationsbedingungen für langjährig in Deutschland lebende Migranten bestehen noch immer Integrationshürden. Diese Hürden zu beseitigen oder zumindest zu verringern, ist unsere gemeinsame Herausforderung. Hierfür müssen wir uns einsetzen und engagieren.

Anrede,

ich stimme den Spitzenvertretern der beiden großen christlichen Konfessionen in Deutschland, Herrn Kardinal Lehmann und Herrn Bischof Huber, dabei grundsätzlich zu, dass ein einseitiger Appell an die Zuwanderer, Integrationsleistungen zu erbringen, nicht zielführend ist. Denn oft wird übersehen, dass viele Zugewanderte und ihre Kinder bereits erfolgreiche Anstrengungen unternommen haben, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden und in vielen Alltagsbereichen das Zusammenleben gut funktioniert.

Dennoch muss ich wiederholen: Wer zu uns kommt, muss wissen, dass Zuwanderung in der Geschichte der Menschheit immer mit Anstrengungen verbunden war. Integration gibt es nicht zum Null-Tarif. Die größten Erfolgsgeschichten in der Geschichte der Zuwanderung haben übrigens Menschen geschrieben, die sich ihrer neuen Heimat schnell und rasch geöffnet haben und die deren Normen und Werte rasch und umgehend für sich übernommen haben. Ich denke an die hugenottische Einwanderung in den preußischen Staat und die irischen Einwanderer, die in den Vereinigten Staaten von Amerika ihre Zukunft gesucht haben. Sie wurden schnell zu Leistungsträgern und Motoren der gesellschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern. Ich denke aber auch an die Tausende von vertriebenen Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg mitgeholfen haben, aus den Ruinen eines vom Hitler-Faschismus ruinierten Landes eine der größten Wirtschaftsnationen der Welt zu machen. Wir wissen durchaus, dass Zuwanderung uns Deutschen gut getan hat.

Alle, die dies bestreiten, bitte ich nur einmal einen Blick auf das eher bunte Thema Fußball zu richten. Schon immer haben Migranten dafür gesorgt, dass deutsche Fußballteams zu den besten der Welt gezählt wurden. Diese Tradition begann mit den Nachfahren polnischer Einwanderer wie Fritz Szepan, Ernst Kuzorra oder Rüdiger Abramczik.

Heute wird sie etwa vom gebürtigen Ghanaer Gerald Asamoah sowie den aus Polen stammenden Miroslav Klose und Lukas Podolski fortgesetzt. Und erinnern wir uns: Ganz Deutschland hat bei der Weltmeisterschaft im Sommer 2006 die Tore von Asamoah, Klose und Podolski frenetisch bejubelt. Keiner hat in diesem Moment daran gedacht, dass sie in Mapong, Oppeln oder Gleiwitz geboren wurden.

Anrede,

Sicher, Asamoah, Podolski und Klose sind nicht irgendwer. Fußballstars gelten als etwas besonderes und werden besser behandelt als jede andere Zuwanderin oder jeder andere Zuwanderer. Aber warum eigentlich finden es viele von uns normal, dass gebürtige Ghanaer, Polen und Spanier für Deutschland Fußball spielen? Während sie gleichzeitig Vorurteile gegenüber Migranten haben, die in unserem Land arbeiten und dazu beitragen, dass unsere Wirtschaft seit Jahren Exportweltmeister ist. Ich meine, jeder, der sich in Deutschland positiv integriert und Leistung bringt, ist ein Champion! Und verdient unseren Respekt und Anerkennung!

Auch wenn wir nicht gerade ein „Fußball-Sommermärchen“ feiern, sehe ich uns Deutsche deshalb in der Pflicht, den Zuwanderern die Hand zu reichen und sie einzuladen, ein aktiver Teil unseres Landes zu werden. Wir müssen Ihnen sagen: Ihr seid willkommen, ihr seid ein Stück unserer gemeinsamen Zukunft. Macht mit und tragt dazu bei, dass unsere Kinder und Enkel gemeinsam eine Gesellschaft aufbauen, die Frieden, Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaat kennt.

Und in der religiöser Fanatismus, die Diskriminierung von Frauen und Selbstjustiz weiterhin als Verbrechen und nicht als tolerierter Alltag angesehen werden.

Was konkret Not tut, sind etwa mutige Schritte zum Abbau von Hemmnissen, die eine gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer in unserer Gesellschaft verhindern!

Aber was können wir genau tun? Mit Blick auf die Politik liegt die Forderung nahe, Gesetze zu verabschieden, die Integration und Vielfalt fördern.

Außerdem müssen wir die öffentlichen Institutionen und Verwaltungen so aufbauen, dass sie alle Menschen, mit denen sie zu tun haben und die auf ihre Dienste angewiesen sind, in ihrer Verschiedenheit ernst nehmen und ansprechen.

Natürlich sind es vor allem die Schulen und Universitäten, in denen die Weichen für die Zukunft künftiger Generationen gestellt werden. Deshalb muss gerade der strukturellen Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte in Schule, Ausbildung, Beschäftigung unser besonderes Augenmerk gelten. Im Zusammenwirken aller Entscheidungsträger gilt es, umgehend Strategien zu entwickeln, die einer Chancenungleichheit entgegenwirken.

Zusammengefasst kann ich sagen, dass wir alle die zu unseren Verbündeten machen müssen, die mitten im Leben stehen, und in den Schulen, den Vereinen, in den Behörden und in den Unternehmen Verantwortung tragen.

Wir alle können als Botschafter der Toleranz und der Weltoffenheit wirken und uns einbringen in den Parteien, den Kammern, den Verbänden und den Vereinen. Wir müssen aber auch in unserem Freundeskreis und am Stammtisch Flagge zeigen und dort für die Chancen einer offenen und aufnahmewilligen Zivilgesellschaft werben. Wer Integration zum Erfolg machen will, der darf sich nicht auf einen Hundert-Meter-Sprint einstellen, sondern auf einen gesellschaftspolitischen Marathon, um ein weiteres Bild aus dem Sport zu verwenden.

Anrede,

vielleicht interessiert es Sie, dass ich Ihnen aus meinem Wirken als einer der Schirmherren des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz hier in Sachsen-Anhalt einige ermutigende Beispiele dafür nennen kann, dass ein solcher Marathon Erfolgserlebnisse liefert.

So habe ich sowohl mit Vertretern der Industrie – und Handelskammern als auch der Handwerkskammern Gespräche geführt, wie der Diskriminierung von Minderheiten am Arbeitsplatz konkret entgegengewirkt werden kann. Aus diesen Gesprächen heraus entstand eine Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung bei der innerbetrieblichen Ausbildung der Handwerkskammer. Die Industrie- und Handelskammer Magdeburg hat der Arbeit des Netzwerkes außerdem breiten Raum zur öffentlichen Darstellung in ihren Publikationen eingeräumt.

Auch das Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt begleitet die Arbeit des Netzwerkes für Demokratie und Toleranz intensiv. So nahm der zuständige Staatssekretär Wilfried Willems an einer Sitzung des Netzwerkbeirates teil und informierte die Mitglieder über die Maßnahmen zur schulischen Arbeit in diesem Bereich. Ganz praktisch habe ich als Landtagspräsident bei meinen Schulbesuchen immer wieder erfahren, wie engagiert sich Schüler und Lehrer oft mit dem politischen Extremismus auseinandersetzen und wie sie Demokratiefeindlichkeit und rassistischen Tendenzen mutig und konsequent entgegenreten.

Ein besonders positives Beispiel konnte ich im Mai vergangenen Jahres an der Goethe-Sekundarschule in Ilsenburg erleben. Hier haben sich junge Menschen nach dem Auftreten rechtsextremer Tendenzen unverzüglich mit dem Schulleiter und den Lehrerinnen und Lehrern an einen Tisch gesetzt, um einen Toleranzvertrag zu entwerfen,

der das friedliche Zusammenleben an der Schule regelt und allen, die das garstige Spiel der Rechtsextremen spielen möchten, ganz klar zeigt: Fremdenfeindliche Umtriebe und Intoleranz lassen wir an unserer Schule nicht zu. In der Zwischenzeit wurde der Vertrag von der übergroßen Mehrheit der Schülerinnen und Schüler unterzeichnet. Die regionale Presse in Sachsen-Anhalt hat ausführlich über das Erfolgsmodell dieses Ilsenburger Toleranzvertrages berichtet, der nicht von Experten in irgendwelchen Behörden entwickelt wurde,

sondern direkt aus dem Kreis der Schülerinnen und Schüler stammt.

Ich will das Beispiel Ilsenburg gar nicht überhöhen. Es zeigt mir aber deutlich, dass Konzepte immer dann besonders erfolgreich sind, wenn sie von den Menschen vor Ort selbst gewollt und entwickelt werden. Sicher hat auch der junge und engagierte Ilsenburger Schulleiter Dr. Küchler einen großen Anteil an der Erfolgsgeschichte.

Ich zumindest hatte den Eindruck, dass dieser Pädagoge die unkomplizierte Sprache der Schüler versteht und auch selbst spricht. Mir gefiel besonders, dass der Schulleiter nicht mit dem erhobenen Zeigefinger arbeitet und auch kein hochtrabendes Soziologendeutsch spricht. Es ist nun einmal so, dass man die einfache Sprache der Menschen sprechen muss, um deren Köpfe und Herzen zu erreichen.

Anrede,

ich bin überzeugt: Integration und friedliches Zusammenleben der Kulturen kann nicht ohne weiteres von klugen Menschen verordnet oder beschlossen werden. Keiner darf sich nur auf „die da oben“ verlassen und nur Vorleistungen von Parteien oder Regierungen einfordern. Der Ruf nach mehr finanziellen Mitteln zur Förderung von Integration kann zwar helfen, ist aber kein Allheilmittel. Es gilt

auch ein Spruch, der aus der Beton-Werbung bekannt wurde: „Es kommt drauf an, was man daraus macht!“

Die Integration - das sind wir selbst. Jeder von uns ist gefordert, an seinem Platz für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft zu arbeiten und nicht einfach über sie zu reden oder sie sich zu wünschen. Und wir brauchen Phantasie und Mut, um breite Bevölkerungsschichten für eine Gesellschaft der Vielfalt zu begeistern. Wie sagte einst Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ In keinem Bereich gilt der Satz so sehr, wie bei der Integration von Zuwanderern.

Deshalb können wir Politiker – genauso wie die Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften und Medien – zwar Vorbilder und Anstoßgeber sein. Der Prozess muss aber zu einer Graswurzelbewegung breiter Schichten der Bevölkerung werden.

Anrede,

abschließend fordere ich jeden Einzelnen von uns auf zu entscheiden, auf welchem Feld er selbst aktiv wird.

Niemand von uns kann sagen, dass er für sich keine Aufgabe findet. Schauen wir uns doch um, die Herausforderungen warten überall. Ich denke beispielsweise an unsere Familien, in denen die Einstellungen von jungen Menschen geprägt werden. Ich denke aber auch an unsere Betriebe und Büros, in denen wir die meiste Zeit unseres Lebens verbringen.

Engagieren wir uns, schauen wir hin, wenn andere wegen ihrer Rasse, ihrer Herkunft oder ihres Glaubens diskriminiert werden. Immer wieder müssen wir uns bewusst werden, dass das Werben für eine Gesellschaft der Vielfalt auch das vernetzte Handeln vieler Partner erfordert. Immer wieder sollten neue, spannende Projekte entwickelt werden, die den Nutzen von einer offenen Zivilisation breiten Bevölkerungsschichten vermitteln.

Nutzen wir diese Tagung, um weitere Netzwerke der Toleranz und Vielfalt zu bilden. Und gehen wir danach gestärkt an unsere Aufgaben mitten in der Gesellschaft.

Herzlichen Dank!